

Geschäftszahlen:
BMEIA: 2021-0.856.880
BKA: 2021-0.857.349

1/23
Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Orange the World – internationale Aktivitäten im Rahmen der „16 Tage gegen Gewalt“ gegen Frauen und Mädchen

Zwischen 25. November, dem internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen, und 10. Dezember, dem internationalen Tag der Menschenrechte, wurde auch heuer wieder Bewusstsein dafür geschaffen, dass Gewalt gegen Frauen und Mädchen, die meist von Männern ausgeht, als massive Menschenrechtsverletzung keinen Platz in unserer Gesellschaft hat.

Auch dieses Jahr unterstützte die Bundesregierung die globale Kampagne „Orange the World – 16 days of activism against gender-based violence“. Diese Kampagne wird jedes Jahr von UN Women, der Organisation der Vereinten Nationen (VN) für die Gleichstellung und Ermächtigung von Frauen, während der 16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen weltweit umgesetzt. Eingebettet in die Kampagne des VN Generalsekretärs „UNiTE to End Violence against Women by 2030“ werden das Ausmaß und die verschiedenen Ausprägungen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen thematisiert.

Erneut wurden im Aktionszeitraum viele öffentliche Gebäude in Österreich, darunter das Außenministerium und das Bundeskanzleramt, orange beleuchtet, um auf die Wichtigkeit der Thematik aufmerksam zu machen. Gemeinsam mit jenen innerstaatlichen Maßnahmen zur Förderung der Gewaltprävention und des Schutzes von Frauen und Mädchen vor Gewalt, über die die Bundesregierung am 24. November 2021 Bilanz zog, zeigt dies die Bedeutung auf, die die gesamte Bundesregierung diesem Anliegen beimisst.

Schwerpunkt in Außenpolitik, Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe

Diese Initiative untermauert den Schwerpunkt, den Österreich das ganze Jahr über im Rahmen seiner Außenpolitik, Entwicklungszusammenarbeit und bei der Leistung von humanitärer Hilfe auf die Verhütung und Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt legt. Österreich bringt sich dazu gemeinsam mit gleichgesinnten Staaten in sämtlichen internationalen Foren wie den Vereinten Nationen – so auch im Rahmen seiner gegenwärtigen Mitgliedschaft in der Internationalen Frauenstatuskommission (2021 – 2025) – der EU, der OSZE sowie dem Europarat ein.

Darüber hinaus engagiert sich Österreich weiterhin für die Ratifikation des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) durch möglichst viele Mitgliedsstaaten des Europarats, aber auch durch die EU selbst. Insbesondere rund um den 10. Jahrestag des Inkrafttretens der Konvention im Mai 2021 hat sich Österreich gemeinsam mit gleichgesinnten Staaten an zahlreichen Initiativen, Demarchen und öffentlichen Schreiben beteiligt. Darunter ist auch ein gemeinsamer Brief von 31 Ministerinnen und Ministern aus 16 Staaten, der von uns gemeinsam mit Bundesministerin Mag. Karoline Edtstadler unterzeichnet wurde.

Das Engagement der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) umfasst unter anderem Präventivmaßnahmen, wie den Einsatz gegen traditionelle Praktiken wie weibliche Genitalverstümmelung in den Ländern des Sahel und am Horn von Afrika, wobei systematisch mit lokalen und internationalen NGO zusammengearbeitet und der Arbeit auf Gemeindeebene besondere Bedeutung beigemessen wird. Die Arbeit der OEZA beinhaltet weiters Hilfsmaßnahmen für betroffene Frauen und Mädchen, wie psychosoziale Unterstützung und temporäre sichere Unterkünfte für weibliche Gewaltopfer im Libanon sowie die langfristige Stärkung der gesellschaftlichen Position von Frauen, etwa durch ökonomische Ermächtigung in Georgien.

Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die jüngsten Ereignisse in Afghanistan zu einer akuten humanitären Notlage für die afghanische Zivilbevölkerung und für Flüchtlinge aus Afghanistan geführt haben, die Mädchen und Frauen besonders trifft, wurden von dem österreichischen Soforthilfepaket in der Höhe von 20 Mio. EUR für Afghanistan fünf Mio. EUR speziell für die Unterstützung von Mädchen und Frauen bereitgestellt.

Aktionen des BMEIA in Österreich und weltweit

- Auch die österreichischen Botschaften, Vertretungen bei internationalen Organisationen, Generalkonsulate, Kulturforen und Kooperationsbüros der Austrian Development Agency (ADA) wurden angewiesen, durch eine Beteiligung an der Aktion „Orange the World“ in den Empfangsstaaten und Organisationen Bewusstsein für Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu schaffen, das ganze Jahr hindurch inhaltliche Schwerpunkte in ihrer Arbeit zu setzen und regelmäßig darüber zu berichten.
- Inhalte und Informationen zu Gewaltschutz sowie zu den Aktivitäten der Vertretungsbehörden konnten während der 16 Tage über die Social-Media-Kanäle des BMEIA einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden.
- Die ADA zeigte unter dem Motto „16 Tage, 16 Projekte“ jeden Tag ein Projekt auf ihren sozialen Kanälen, mit dem die OEZA in ihren Partnerländern sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt bekämpft.

•
Weiters seien beispielhaft einige Aktivitäten der Vertretungsbehörden hervorgehoben:

- Zahlreiche Vertretungsbehörden nahmen den Aktionszeitraum zum Anlass, um vor Ort Gewaltschutzprojekte zu unterstützen oder Sachspenden an Frauenhäuser oder Kriseninterventionszentren zu tätigen.
- Zahlreiche Vertretungsbehörden informierten insbesondere über die Bedeutung der Istanbul-Konvention;
- Zahlreiche Vertretungsbehörden informierten und sensibilisierten auf ihren Homepages und über Social Media-Kanäle über Gewaltschutz oder hielten Diskussionsveranstaltungen zum Thema ab;
- Zahlreiche Vertretungsbehörden beleuchteten oder beflaggten aus Solidarität mit den Betroffenen geschlechtsspezifischer Gewalt die Amtsgebäude orange oder initiierten die Beleuchtung von Gebäuden im Empfangsstaat;

Zahlreiche Kulturforen organisierten Filmvorführungen über geschlechtsspezifische Gewalt.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen und alle Bundesministerinnen und Bundesminister auffordern, weiterhin an der Verbesserung der Gewaltprävention und des Schutzes für Frauen und Mädchen vor Gewalt beizutragen.

14. Dezember 2021

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin